

**HK****Handelskammer
Hamburg**

Plenarsitzung

1. November 2018, 16:00 Uhr

Protokoll

Vorsitz: Präses Tobias Bergmann

Tagesordnung

- 1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. Oktober 2018**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
- 3. Statusbericht zum Strategie- und Reorganisationsprozess**
- 4. TOPs der Oktober-Sitzung**
 - a. „Verantwortungsbiographien“ – Einrichtung einer Folgekommission zur Stolpersteinkommission
 - b. Eckpunktepapier Shoppingmetropole Hamburg 2030
 - c. Anfrage von Herrn Holstein i.S. Mitgliederakzeptanzstudie
- 5. Bericht: „Plan A Meisterprämie / Hanseatische Lehrstellenbörse“**
- 6. Hamburg Summit – China Meets Europe**
 - a. Bericht zum aktuellen Planungsstand und Aussicht auf den bevorstehenden Hamburg Summit
 - b. Sprachregelung zur chinesischen „Belt and Road Initiative“
- 7. Haushaltsangelegenheiten**
 - a. Bestellung eines Jahresabschlussprüfer
 - b. Antrag von Präses Bergmann
 - c. Änderungsantrag von Herrn Duphorn
 - d. Nachtragswirtschaftsplan 2018
 - e. Wirtschaftsplan 2019
- 8. Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
- 9. Berichte**
 - a. des Präses und des Präsidiums
 - b. der Hauptgeschäftsführerin
 - c. aus den Ausschüssen
- 10. Verschiedenes**

Anwesend:

Herr Präses Bergmann;

Herren Vizepräses Elmendorf, Dr. Killinger, Mücke;

Frau Albertsen, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Dr. Behrens, Brauer, Costur, Duphorn, Dürre, Ederhof, Enke, Falk, Fischer, Gehrckens, Goetz, Hanneforth, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Hellweg, Holstein, Jakovlev, Kaufholz, Koopmann, Korff, Kranz, Kröger, Kuhlmann, Lintzen, Daniel Lorenzen, Dominik Lorenzen, Lorenz-Meyer, Frau Nack-Warenycia, Herren Perleberg, Pirck, Frau Prinz, Herren Räber, Reinecke, Schmelzer, Frau Schoras, Herren Selent, Sträßner, Tasbilek, Dr. Vogelsang, Wandrey, Frau Wendt-Heinrich, Herren Wendt-Reese, Wöhlke;

dauerhafte Gäste im Plenum: Herren Enkerts, Dr. Kruse, van der Schalk, Weber;

Gäste: Prof. Dr. Meyer-Hoeven (Pawlik);

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen, Herr Aßmann, Frau Beine, Herren Dickmann, Elsholz, Frau Gonnermann, Herren Graf, Grams, Frau Johannigmann, Herren Koch, Kornella, Mansutti, Schüßler, Dr. Süß;

Herr Anders, Frau Enzel, Frau Färber, Herr Funke, Frau Gathen, Herr Tießen, Frau Dr. Hillger, Frau Hotze, Herren Kempa, Klatt-Wenderodt, Knahl, Konow, Krassau, Frau Lurtz-Herting, Frau Naumann (Protokoll), Frau Dr. Ölschläger, Frau Schmidt, Herren Schote, Siebrand, Swantusch, Tietgens, Frau von Wedel;

Entschuldigt fehlen:

Frau Arova, Herr Ebert, Frau Gül Canbolat, Herren Hocqué, Sidney-Lou Holler, Jensen, Dr. Mecke, Frau Meier, Herren Montzka, Pfeiffer, Platz, Pohle, Frau Vizepräses Rickwardt, Herr Siebold, Frau Vizepräses Stumpf, Herr Vizepräses Dr. Teichert, Herr Thies

*Zu Beginn der Sitzung befinden sich 37 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal.
Die Beschlussfähigkeit von mindestens 33 Abstimmungsberechtigten war bei jeder Abstimmung der Sitzung gegeben.*

Herr Präses Bergmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, dass, – wie in der Einladung angekündigt – das Plenum drei Stunden tage, um alle Punkte abzuarbeiten.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. Oktober 2018

Herr Pirck bittet, seinen Passus unter TOP 4b wie folgt zu ändern: [...] „Herr Pirck weist daraufhin, dass laut Plenarprotokoll Juli 2014 das Zinsrisiko aus Pensionen bekannt war.“ [...].

Das Plenum genehmigt einstimmig das Protokoll der letzten Plenarsitzung vom 4. Oktober 2018 inklusive der Änderung von Herrn Pirck und gibt dieses zur Veröffentlichung auf der Internetseite der Handelskammer Hamburg frei.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Pirck beantragt, TOP 7b und c aus der aktuellen Tagesordnung zu streichen. Die Themen seien seiner Meinung nach in der Oktober-Sitzung ausreichend behandelt und eine Debatte darüber nicht zielführend. Diese gehöre seiner Meinung nach ins Präsidium und nicht ins Plenum. Er unterstreicht, dass die Handelskammer ein verlässlicher Partner für die Mitarbeiter sein sollte und in diesem Rahmen keine personenbezogenen Daten diskutiert werden sollen.

Präses Bergmann teilt mit, dass er sich vorab mit Herrn Duphorn geeinigt habe, die Anträge zu TOP 7b und c zurückzuziehen. Die Themen würden unter TOP 7d behandelt.

Herr Dr. Vogelsang beantragt, die Sitzung auf zwei Stunden zu beschränken. Die Ausdehnung um eine zusätzliche Stunde halte er für nicht sachgerecht. Das Plenum sei seit vielen Jahren mit zwei Stunden ausgekommen. Seiner Meinung nach sei dies mit einer guten Vorbereitung sowie aussagekräftigen Unterlagen umsetzbar.

Herr Perleberg spricht sich dafür aus, die heutige Sitzung aufgrund der umfangreichen Agenda bei drei Stunden zu belassen, künftige Sitzungen aber wieder auf zwei Stunden zu beschränken. Im Sinne einer vernünftigen Diskussion sei eine Verlängerung der Sitzung von 10 bis 30 Minuten aus seiner Sicht vertretbar.

Frau Wendt-Heinrich unterstützt den Antrag von Herrn Dr. Vogelsang und bittet darum, die vorbereitenden Unterlagen früher an die Plenarier zu versenden, damit diese durchgearbeitet werden können.

Herr Präses Bergmann erklärt, dass die kurzfristige Zustellung der Unterlagen zu TOP 3 im vorherigen Plenum angekündigt worden sei und er versucht, die heutige Agenda zügig durchzubringen. Er fragt Dr. Vogelsang, ob dies für ihn in Ordnung sei. Herr Dr. Vogelsang bleibt bei seinem Antrag.

Das Plenum lehnt den Antrag von Herrn Dr. Vogelsang zur Kürzung der heutigen Plenarsitzung mit 11 Ja-Stimmen, 26 Gegenstimmen sowie 5 Enthaltungen ab.

Die Tagesordnung der Sitzung vom 1. November 2018 wird einstimmig vom Plenum angenommen.

TOP 3: Statusbericht zum Strategie- und Reorganisationsprozess

Frau Degen stellt den Statusbericht zum Strategie- und Reorganisationsprozess (siehe Anlage 2) vor. Sie geht auf das Projekt Personas ein, zeigt die Zuordnung der 37 Kernprozesse sowie der Branchen- und Fach-/Regionalausschüsse zu den neuen Bereichen. Sie stellt die neu ernannten Führungskräfte vor: Jens Aßmann für den Bereich Gesamtinteressenvertretung, Philip Koch für die Stabsstelle International sowie Frauke Johannemann für den Bereich Kommunikation und Mitgliederbeziehungen.

Herr Präses Bergmann merkt an, dass #neuekammer nun mit einem schlagkräftigen Team personell gut aufgestellt sei. Er freue sich auf die Zusammenarbeit mit den neuen Führungskräften und bittet um eine kurze Vorstellung der einzelnen Personen.

Die designierten Bereichsleiter präsentieren die Struktur ihrer Bereiche (siehe Anlage 2).

Frau Degen stellt den neu erstellten HK-Scoring-Ansatz vor, der auf das gesamte Leistungsportfolio angewandt werden soll. Sie geht weiterhin auf die geplante Reduzierung der Mitgliedsbeiträge "60-40-20" ein und führt drei Szenarien dazu aus. Unterm Strich werde das dritte Szenario empfohlen, da dieses einen möglichen Lösungsweg aufzeige. Abschließend gibt sie einen Ausblick auf den weiteren Fahrplan.

Herr Prof. Dr. Meyer-Hoeven ergänzt, dass der vorgestellte Status Quo des Restrukturierungsprozesses in einem herausfordernden Umfeld erstellt worden sei. Dennoch habe er eine hohe Mitarbeiterbeteiligung sowie hohe Akzeptanz für den gewählten Ansatz erlebt. Wichtig sei aus seiner Sicht, dass nichts in Stein gemeißelt sei, sondern nach zum Beispiel sechs Monaten überprüft und gegebenenfalls angepasst würde.

Herr Präses Bergmann dankt Frau Degen sowie allen (designierten) Bereichsleitern für die Ausarbeitung des Statusberichtes, den diese als „Mammutsprojekt“ parallel zum Alltagsgeschäft erstellt haben.

Frau Schoras merkt an, dass sie die Bepreisung von Veranstaltungen kritisch sehe, wenn diese ähnlich der Angebote von Wettbewerbern / Mitgliedsunternehmen seien. Sie bittet um eine Aufarbeitung der bereits durchgeführten Veranstaltungen, insbesondere vor dem Hintergrund des Mehrwertes für betroffene konkurrierende Mitgliedsunternehmen. Herr Pirck schließt sich der Fragestellung an.

Frau Degen antwortet, dass dies ein relevantes Thema sei. Nach dem ersten Scoring aller Services stehe nun aber fest, dass es wahrscheinlich auch zukünftig Services geben werde, die nie kostendeckend sein werden.

Frau Nack-Warenycia stellt folgende Fragen bzw. merkt Folgendes an:

1. Wie sind die Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung sowie das Scoringmodell zu verstehen?
2. Welche Auswirkung hat die Einbindung des Personalrats auf die Zeit? Sie halte den Zeitplan für unrealistisch.
3. Sie regt an, die Genderproblematik im Personas-Projekt anzuwenden.

4. Wenn alle befristeten Mitarbeiter nicht verlängert werden, gehen dann nicht unter Umständen genau die motivierten Mitarbeiter, die dabei helfen könnten, die Kammer wieder aufzubauen?
5. Sie halte die Zuordnung der Commerzbibliothek zu Bereich Weiterbildung und Services für falsch. Eine Kostendeckung sei nicht möglich. Sie sehe die Commerzbibliothek besser dem Bereich Zentrale Dienste zugeordnet.
6. Wie könne sichergestellt werden, dass ihre Anmerkungen in den weiteren Prozess einfließen?

Frau Degen beantwortet die Fragen. Die Outcome-Messzahlen können erst entwickelt werden, wenn die Prozesse fertig seien. Das Genderthema nehme sie in die weitere Ausarbeitung der Personas mit. Zur Personalplanung führt Frau Degen aus, dass es tolle Mitarbeiter mit befristeten Verträgen gebe. Im Einzelfall solle geklärt werden, ob diese verlängert werden können, wenn andere Mitarbeiter in unbefristeten Arbeitsverhältnissen kündigen. Sie ergänzt, dass die Personalabteilung bereits eine inhaltlich getriebene Personalentwicklung konzipiere. Es handle sich um eine Zwischenphase, in der keine inhaltliche Festlegung von Kapazitäten möglich sei, sondern die Teams aufgrund der heutigen Struktur den neuen Bereichen zugeordnet werden. Personal werde durch natürliche Fluktuation sowie einvernehmliche Trennungen abgebaut. 2019 solle es eine kapazitätsbedingte Zuordnung geben. Alle Anmerkungen aus dem Ehrenamt werden notiert und finden Eingang in den weiteren Diskussionsprozess.

Zur Zuordnung der Commerzbibliothek erläutert Frau Degen, dass diskutiert wurde, diese in einen Archivbestand sowie einen Bibliotheksbetrieb zu splitten. Dies wurde allerdings verworfen, da das Team zusammenbleiben solle, um die Kompetenzen zu bündeln. Außerdem wäre eine Splittung im laufenden Betrieb schwierig umzusetzen. Es sei bewusst, dass die Commerzbibliothek nicht kostendeckend zu führen sei, so dass hierfür eine Ausnahme gefunden werden müsse.

Frau Nack-Warenycia fragt nach, warum der Bereich nicht direkt den Zentralen Diensten zugeordnet worden sei.

Frau Degen antwortet, dass es inhaltlich eine Dienstleistung für die Mitglieder sei.

Frau Nack-Warenycia führt daraufhin aus, dass ein durch Vollkostendeckung geprägtes Umfeld, Auswirkungen auf die eigentliche Arbeit habe. Sie sehe die Commerzbibliothek daher besser bei den Zentralen Diensten aufgehoben.

Herr Dr. Vogelsang schließt sich der Argumentation von Frau Nack-Warenycia an.

Frau Degen nimmt das Thema in die weitere Diskussion mit. Sie könne sich vorstellen, die Commerzbibliothek in den Zentralen Services anzudocken und die darauf aufbauenden Services im Bereich Weiterbildung und Services unterzubringen. Eine Lösung werde sich finden lassen.

Herr Pirck stellt folgende Fragen bzw. merkt Folgendes an:

1. Er ist der Meinung, dass der Zeitplan zu ambitioniert sei und fragt, ob die Dienstanweisungen und Workflows berücksichtigt werden?
2. Wie wird der Personalrat eingebunden? Wie bewertet Frau Degen die Gespräche?
3. Wie wird die Stimmung der Mitarbeiter bewertet?
4. Welche Kapazitäten sind in den künftigen Bereichen vertreten?
5. Welche Synergien gibt es mit den norddeutschen Kammern? Welche Aufgaben können im norddeutschen Verbund gemeinsam erledigt werden?

6. Im Ausschuss für Finanzwirtschaft sei die künftige Zuordnung sehr emotional diskutiert worden. Stand war, dass der Ausschuss zu Kommunikation und Mitgliederbeziehungen gehöre. Wie sieht der aktuelle Stand aus?

Frau Degen antwortet, dass die Zuordnung der Ausschüsse als Diskussionsgrundlage seitens der hauptamtlichen Geschäftsführer an die Gremienvorsitzenden gegangen sei. Diese Empfehlung sei in zwei Fällen korrigiert worden, so z.B. beim Ausschuss für Finanzwirtschaft, der erst dem Bereich Kommunikation und Mitgliederbeziehungen zugeordnet wurde und nun zum Bereich Gesamtinteressenvertretung gewechselt sei. Sie verweist auf die gemischten Zielsetzungen der Gremien. Die erste Abfrage sei rein pragmatisch gewesen, die als Vorschlag zu verstehen sei. Frau Degen führt aus, dass der Personalrat und auch der Betriebsrat der HKS eng eingebunden seien. Alle Personalentscheidungen seien mit den Vertretungen besprochen worden. Dies gelte auch für die geplante Personaleinsatzplanung und die Ausschreibung der Stellen. Der Personalrat sei zudem im Lenkungskreis des Strategieprozesses vertreten. Frau Degen bestätigt, dass der Zeitplan ein zügiger sei. Ein Change-Prozess müsse dynamisch vorgebracht werden. Die Mitarbeiter benötigen Sicherheit, so dass der Prozess nicht verlangsamt werden sollte. Die Stimmung der Mitarbeiter entwickle sich positiv. Durch den Umbruch sei zu Beginn die Stimmung von Verunsicherung geprägt gewesen. Es sei zu klären, welche Aufgaben welcher Mitarbeiter künftig übernehmen werde, dann würde die Stimmung sich merklich steigern. Auf der anderen Seite beobachte sie eine wachsende Akzeptanz, die durch eine gute Kommunikation sowie Einbindung zu erklären sei. Diejenigen, die sich am Stärksten einbringen, sind am überzeugtesten. Die Kapazitätenzuordnung werde vorgenommen, wenn das Leistungsportfolio neu aufgestellt sei. Im Moment seien existierende Kapazitäten auf die neuen Strukturen sortiert worden. Dies sei als Zwischenschritt zu verstehen. Frau Degen geht auf die Frage zu Shared Services mit anderen Schwesterkammern der IHK Nord ein. Es werden bereits informelle Gespräche geführt. Vorstellbar sei, dass im Bereich der telefonischen Auskünfte nur ein oder zwei Kammern zuständig seien oder dass Einkaufsgenossenschaften gebildet werden könnten.

Herr Wandrey fragt, wer die Leistungen bezogen auf das Scoringmodell bewertet und ob es hierfür ein Gremium gebe.

Frau Degen führt aus, dass dies die interne 5+2 Führungsgruppe umsetze. Das neue Leistungsportfolio werde aber zu gegebener Zeit vorgestellt, um das Ehrenamt stärker einzubinden. Sie verweist auf den Personas-Workshop, zu dem Mitte Oktober neben bewährtem Ehrenamt auch diejenigen Unternehmen eingeladen wurden, die bislang keinen Kontakt zur Kammer hatten.

Herr Dr. Vogelsang bittet, die Workflows und bestehenden Dienstanweisungen zu überprüfen und mit den veränderten Bedingungen abzugleichen. Dies sei für die Arbeit der Mitarbeiter essentiell und baue Unsicherheiten ab.

Frau Degen glaubt, dass der Großteil der Dienstanweisungen weiterhin gültig bleibe. Eine Überprüfung finde dennoch statt, so dass Änderungen direkt umgesetzt werden könnten.

Herr Dr. Vogelsang merkt weiter an, nicht von Einbindung zu sprechen, sondern von Beteiligung oder Mitentwicklung. Dies symbolisiere mehr Freiwilligkeit.

Frau Degen dankt ihm für den Vorschlag und werde diesen übernehmen. Mitwirkung sei gemeint und finde statt.

Herr Pirck findet es gut, die 60/40/20-Lösung zu diskutieren und dass, die drei Szenarien vorgestellt worden. Seiner Meinung nach, seien diese schwierig zu realisieren. Ihm sei wichtig, dass in der Dezember-Sitzung das Ziel 30 besprochen werde. Er sehe dies ebenso für schwer realisierbar. Ihm sei aufgefallen, dass die Jahre nach 2023 nicht beleuchtet werden. Es fehlen die spannenden Jahre, in denen die Zinsbelastung aus den Pensionen nicht mehr durch die Zinsausgleichsrücklage gedeckt sei. Außerdem liege in der Planung keinerlei Risikorücklage vor. Dies sei umso bedenklicher, je niedriger die Rücklagen seien. Ihm sei weiter aufgefallen, dass in der Planung keine Kostensteigerungen berücksichtigt seien. Er plädiere für eine Diskussion im Dezember-Plenum, dass die Beitragsreduzierung erst dann erfolge, wenn für die Zinsausgleichsrücklage und die allgemeine Ausgleichsrücklage eine ausreichende Risikovorsorge vorliege. Alles andere sei aus seiner Sicht verantwortungslos.

Frau Degen sichert zu, die Jahre nach 2023 berechnen zu lassen. Die inhaltliche Diskussion übernehme der Innenausschuss. Anschließend werde dies im Plenum vorgestellt.

Herr Präses Bergmann ergänzt, dass die mittelfristige Finanzplanung vom Plenum beschlossen werde.

TOP 4: TOPs der Oktober-Sitzung

a. „Verantwortungsbiographien“ – Einrichtung einer Folgekommission zur Stolpersteinkommission

Frau Nack-Warenycia stellt das Folgeprojekt „Verantwortungsbiographien“ (siehe Anlage 3) vor, das aus der Stolpersteinkommission resultiert. Sie blickt kurz auf die Arbeit der Stolpersteinkommission zurück, die mit der Veröffentlichung der Biographien von 38 entrechteten und verfolgten Personen aus dem Ehren- und Hauptamt ihren Abschluss finden werde. Sie schlägt vor, der Stolpersteinkommission eine Folgekommission anzuschließen, um die Verstrickungen der Handelskammer während des Dritten Reichs genauer zu beleuchten und zu klären, wo Vertreter des Haupt- und Ehrenamtes von einer Nähe zur NS-Gewaltherrschaft profitierten. Diese solle wieder mit Vertretern des Ehren- und des Hauptamtes besetzt sein, aber auch externen historischen Sachverstand einbinden. Sie formuliert drei Aufträge, welche die Kommission bearbeiten solle: 1. Beschäftigung mit Profiteuren und Systemgewinnern der Nazi-Gewaltherrschaft aus den Reihen des Haupt- und Ehrenamtes mit dem Ergebnis einer Dokumentation mit Verantwortungsbiographien, 2. Entwicklung von Fragestellungen für eine darüber hinausgehende wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema, 3. Entwicklung eines Konzepts, um Porträts und Namensnennungen von Profiteuren im Gebäude der Handelskammer in den historischen Kontext zu rücken und Erarbeitung von Vorschlägen, wie das Opfergedenken über die Stolpersteine hinaus im Gebäude verwirklicht werden könne. Das Projekt solle durch die Schaffung einer auf ein Jahr befristeten Projektstelle für eine Historikerin umgesetzt werden. Finanziert werden solle das Projekt durch eine teilweise Auflösung der Rücklage zur Rettung historisch bedeutsamer Wirtschaftsarchive. Frau Nack-Warenycia zeigt sich erschrocken darüber, dass die Handelskammer nicht bereit sei, die Mittel für dieses wichtige Projekt aus dem eigenen Haushalt zu bezahlen, sondern aus dem Topf für das Hanseatische Wirtschaftsarchiv abziehe. Dieses finanziere daraus seine wichtige Rolle als Rettungsstation für die Unternehmensarchive insolventer Unternehmen, die sonst verloren gingen. Weitere Eingriffe in die Rücklage werde sie als Vorstandsmitglied nicht mittragen.

Das Plenum stimmt dem Projekt „Verantwortungsbiographien“ – Einrichtung einer Folgekommission zur Stolpersteinkommission mit 48 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen oder Enthaltungen zu.

b. Eckpunktepapier Shoppingmetropole Hamburg 2030

Herr Weber stellt das Eckpunktepapier „Shoppingmetropole Hamburg 2030“ (siehe Anlage 4) vor. Dieses wurde vom Ausschuss für Handel entwickelt und beraten. Gefordert werde ein Förderprogramm für KMU, insbesondere für den Einzelhandel, um diese für den digitalen Wandel fit zu machen. Zudem soll die Innenstadt sowie die Bezirks- und Stadtteilzentren zu pulsierenden, lebendigen Quartieren weiterentwickelt werden. Außerdem solle für die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure in der Innenstadt und in der Quartiersentwicklung der richtige institutionelle Rahmen geschaffen werden. Anregungen der Ausschüsse für Digitale Wirtschaft, für Tourismus und Gastgewerbe sowie für Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft seien eingeflossen. Das Präsidium habe dem Eckpunktepapier bereits am 20. September 2018 zugestimmt.

Herr Wandrey merkt an, dass aus seiner Sicht bei der Neugestaltung des Adolphsplatzes keine Grünflächen, wie im Eckpunktepapier gefordert, bedacht wurden und dieser somit nicht zum Verweilen einlade. Der Platz sei komplett durchgepflastert und verfüge nur über wenige Sitzgelegenheiten. Er stimmt Herrn Webers Ausführungen zu, dass flächendeckendes WLAN Standard sein sollte, vor allem im Sinne der Touristen. Allerdings sei WLAN eine Technologie von gestern. Funktechnologien, wie 4G oder 5G, seien erheblich leistungsfähiger. Roamingkosten sowie die Vertragskonditionen dahinter machen einen kostenfreien Zugang für Touristen allerdings unmöglich. Er kenne keine Kommission, die sich mit einer WLAN-Kanalabstimmung befasse, so dass zwar alle online gehen könnten, aber nur sehr langsam aufgrund der Störung verschiedener WLAN-Netze untereinander.

Frau Beckmann fragt, warum der Ausschuss für Verkehr nicht einbezogen wurde.

Herr Schote antwortet, dass die Belange des Stadtverkehrs im Ausschuss für Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft behandelt würden und dieser daher eingebunden worden sei.

Herr Räber ergänzt, dass er auf dem Adolphsplatz eine Elektro-Ladesäule vermisse.

Herr Pirck begrüßt, dass das Eckpunktepapier auch die Bezirks- und Stadtteilzentren thematisiere. Die Innenstadt sei wichtig, aber die Metropole Hamburg bestehe nicht nur aus der City.

Präses Bergmann ergänzt, dass die Handelskammer als Anlieger bereits mit allen Nachbarn im Gespräch sei, um mehr Vitalität auf den Adolphsplatz zu bringen.

Herr Dr. Vogelsang ergänzt weiter, dass die Neugestaltung des Adolphsplatzes eine lange Geschichte habe, bei der alle Nachbarn einbezogen worden seien. Von Beginn an sei geplant gewesen, dass der Platz noch lebendiger gestaltet werden solle. Auf dem Platz seien zwei Brunnen vorgesehen. Über ein Wettbewerbsverfahren seien die künstlerischen Entwürfe hierfür ermittelt worden. Die Entwässerung des Platzes sei hierauf bereits

abgestimmt. Derzeit sei aber die Finanzierung nicht geklärt. Er plädiert dafür, dass sich alle Nachbarn sowie die Stadt Hamburg einen Ruck geben, um die Finanzierung gemeinsam zu stemmen. Seiner Meinung nach sei nicht geplant, dass so viele Autos auf dem Platz stehen. E-Mobilitätsplätze vermisse er ebenso.

Präses Bergmann regt an, dass sich alle Nachbarn an einen Tisch setzen, um die offenen Punkte zu besprechen.

Das Plenum stimmt dem Eckpunktepapier „Shoppingmetropole Hamburg 2030“ mit 42 Ja-Stimmen und bei 4 Enthaltungen zu.

c) Anfrage von Herrn Holstein i.S. Mitgliederakzeptanzstudie

Herr Holstein bedankt sich für den Versand der Mitgliederakzeptanzstudie mit den Vorbereitungsunterlagen für die Plenarsitzung. Da diese bereits im Juni freigegeben worden sei, habe er die Anfrage nach der Veröffentlichung gestellt.

Frau Wendt-Heinrich findet die Studie sehr interessant. Man könne daraus sehr viel reflektieren. Ihr sei aber aufgefallen, dass bei den zentralen Erkenntnissen und der Frage nach der Gesamtzufriedenheit nur „durchschnittlich!“ geantwortet wurde. Die gesetzliche Aufgabe der Interessensvertretung werde durchaus kritisch genannt. Sie fragt Frau Degen und Herrn Präses Bergmann, wie diese mit dem Ergebnis umgehen und wie es zu der Aussage komme.

Frau Degen berichtet, dass die Mitgliederakzeptanzstudie das erste Mal erstellt worden sei. Bisher lag der Fokus der durchgeführten Studien auf der Mitgliederzufriedenheit. Zwischen beiden gebe es einen gewichtigen Unterschied: Die Haupteckdaten früherer Untersuchungen war, dass Unternehmen mit viel Kontakt zur Handelskammer zufrieden seien. Die vielen unzufriedenen Unternehmen waren diejenigen mit wenig Kontakt. Bei der Mitgliederakzeptanzstudie liege der Fokus nicht auf der Zufriedenheit mit Leistungen, sondern auf dem Herzblutfaktor, also der Identifizierung mit der Handelskammer. Sehr interessant sei, dass es eine Gruppe von Mitgliedsunternehmen gebe, die sowohl zufrieden seien als auch einen Herzblutfaktor haben. Aber dies sei nur eine kleine Gruppe. Es gebe sehr viele Mitglieder, die entweder unzufrieden sind, aber einen Herzblutfaktor haben oder Unternehmen, die zufrieden sind, aber keinen Herzblutfaktor haben. An diesen beiden Gruppen müsse angesetzt werden, aber sehr unterschiedlich. Frau Degen weist daraufhin, dass die Studie sowie das methodische Vorgehen am 10. Dezember 2018, von 16 bis 18 Uhr, in einem Workshop vorgestellt und diskutiert werden soll. Hierzu seien die Plenarier herzlich eingeladen. Sie fügt hinzu, dass die Ergebnisse durchaus mit anderen Kammern in Deutschland zu vergleichen sind. Es gebe nur wenige Abweichungen. Im Workshop müsse diskutiert werden, wie sowohl die Zufriedenheit als auch der Herzblutfaktor zukünftig erhöht werden könne.

Frau Wendt-Heinrich bittet, ihre gestellte Frage mit in den Workshop zu nehmen.

Frau Degen nimmt das Thema und die Fragestellung auf.

TOP 5: Bericht: „Plan A Meisterprämie / Hanseatische Lehrstellenbörse“

Herr Vizepräses Mücke gibt einen Zwischenbericht zum „Plan A“ ab. Er blickt auf die Hanseatische Lehrstellenbörse zurück, die erneut sehr erfolgreich mit rund 10.000

Jugendlichen, über 110 Ausstellern und der Vorstellung von über 120 Ausbildungsberufen durchgeführt wurde. Parallel fand im Ehrenhof die Messe „Handwerkswelten“ der Handwerkskammer statt. Bei der Finanzierung seien einige Veränderungen (z.B. Erhöhung der Messepreise für Kopfstände, geringer Ausgaben für Messebauer sowie Catering) vorgenommen worden, wodurch ein Ersparnis von ca. 45.000 Euro erzielt werden konnte. Er berichtet weiterhin über die Einführung einer Meisterprämie seitens des Hamburger Senats ab 2019, die erfolgreiche Absolventen einer beruflichen Aufstiegsfortbildung von der Stadt Hamburg erhalten. Dies sei ein großer Erfolg in Richtung einer gleichwertigen Behandlung von beruflicher und akademischer Bildung. Hamburg reihe sich damit in die Reihe weiterer Bundesländer ein, die Absolventen fördern. Herr Vizepräsident Mücke stellt außerdem die zum 31. Oktober 2018 neu eingetragenen Ausbildungsverträge mit einem Plus von 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr vor. Diese Zahl sei bemerkenswert, denn zuletzt habe es 2014/2015 ein positives Ergebnis bei den Neuverträgen gegeben.

Herr Vizepräsident Mücke greift die Frage nach der Vergleichbarkeit des prozentualen Werts der neu eingetragenen Ausbildungsverträge im Vergleich zu anderen Kammern von Frau Vizepräsident Rickwardt aus der letzten Plenarsitzung auf. Die statistischen Zahlen einzelner IHKs würden allerdings seitens des DIHKs nicht veröffentlicht. Einzelne Werte müssten bilateral bei den IHKs erfragt werden. Insofern führt Herr Mücke exemplarisch die erfragten Werte für September 2018 folgender IHKs auf: Berlin + 3 Prozent, Bremen -0,5 Prozent, Hannover +0,5 Prozent. Hamburg lag in diesem Monat bei + 1,0 Prozent.

Herr Vizepräsident Mücke greift weiterhin die Frage von Herrn Hanneforth auf, der nach einem Benchmark in Bezug auf die Schulabgänger gefragt habe. In Hamburg gebe es nach zuletzt einigen Jahren mit sinkenden Schulabgängerzahlen in den kommenden Jahren bis 2030 wieder mehr Schulabgänger. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein werde 2020 von G8 auf G9 umgestellt, so dass dort ein erheblicher Rückgang der Schulabgängerzahlen bevorstehe.

Frau Wendt-Heinrich begrüßt die gute Entwicklung der Maßnahmen aus „Plan A“. Sie sei ein Fan der Lehrstellenbörse. Sie erkundigt sich nach den aktuellen Zahlen der Azubis in der Handelskammer sowie nach der Entwicklung in den vergangenen Jahren und künftig. Weiterhin interessiert sie, wie Unternehmen Azubis halten können.

Herr Vizepräsident Mücke verweist auf die Säule „Unterstützen“ in seiner Präsentation. Geplant sei, Hilfestellung für Unternehmen, z.B. in Form einer Toolbox mit Maßnahmen und Ideen, zu geben, damit diese langfristig Personal binden können. Vor dem Hintergrund, dass bis 2025 ca. 70.000 Fachkräfte in Hamburg fehlen werden, sei dies ein wichtiges Thema für alle Unternehmen. Er werde ca. aller drei Monate einen Kurzbericht zum „Plan A“ geben.

Frau Degen ergänzt, dass in der Handelskammer konstant sechs Azubis pro Jahr ausgebildet würden.

Herr Grams berichtet, dass es pro Jahr rund 13.000 neu eingetragene duale Ausbildungsverträge in Hamburg gebe. Davon zählten rund 9.000 zur Handelskammer, ca. 2.500 zur Handwerkskammer sowie der Rest zu den freien Berufen und sonstigen zuständigen Stellen. Von der Handelskammer würden insgesamt rund 22.500 Azubis über alle Ausbildungsjahrgänge hinweg verteilt betreut.

TOP 6: Hamburg Summit – China Meets Europe

a. Bericht zum aktuellen Planungsstand und Aussicht auf den bevorstehenden Hamburg Summit

Herr Lorenz-Meyer und Herr Konow geben einen aktuellen Überblick zum Planungsstand (siehe Anlage 6). Herr Lorenz-Meyer blickt zuerst auf die Entstehungsgeschichte und auf die Entwicklung der letzten Jahre zurück. Hamburg sei – auch durch den „Hamburg Summit“ – einer der größten Standorte chinesischer Firmen in ganz Europa geworden. Umgekehrt diene der „Hamburg Summit“ als Plattform für Hamburger Firmen mit China-Geschäft. Für den „8. Hamburg Summit“, der am 26. und 27. November 2018 stattfindet, haben bereits zwei Ehrengäste zugesagt: Liu He, stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China, sowie Margarethe Vestager, EU-Kommissarin für Wettbewerb. Das Veranstaltungsprogramm stehe größtenteils fest und beinhalte erneut viele nationale wie internationale bekannte Sprecher aus Politik und Wirtschaft.

Herr Konow verkündet, dass Gelder in Höhe von 525.000 Euro an Finanzsponsoring sowie insgesamt 805.000 Euro an Sach- und Finanzsponsoring eingeworben werden konnte. Unterstützt werde die Veranstaltung durch den Co-Initiator China Federation of Industrial Economics sowie Partner aus z.B. dem weltweiten Kammer-Netzwerk. Erstmals dabei sei das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut. Im Anschluss an das umfangreiche Programm sei für den Abend eine externe Veranstaltung mit einer Digitalisierungssafari geplant. Herr Konow geht im Anschluss auf das Finanzierungskonzept ein. Erfreulich ist, dass für alle Szenarien die Kosten unter dem Planwert und die Gelder aus Sponsoring deutlich über dem Planwert liegen. Das angenommene finanzielle Delta ergebe sich aus der späten Rückmeldung aus China hinsichtlich des Datums und des chinesischen Ehrengastes. Da die Visaerteilung für chinesische Delegationen in der Regel zwei Monate dauere, werde mit geringeren Teilnehmerentgelten gerechnet. Je nach Szenario ergeben sich daraus ungedeckte Gesamtkosten zwischen null und 57.000 Euro. Herr Konow berichtet, dass der Geschäftsbereich International seine freien Mittel – falls nötig – zum Ausgleich verwende. Dazu wurde zur Sicherheit im Nachtragswirtschaftsplan eine Summe von 150.000 Euro hinterlegt. Abschließend lädt er alle Plenarier kostenfrei zum „Hamburg Summit“ ein.

Herr Ederhof fragt nach dem wahrscheinlichen Wert des außerplanmäßigen Defizits. Herr Konow benennt die Summe 23.500 Euro (Stand 1. November 2018).

Herr Perleberg findet es bedenklich, dass sich der „Hamburg Summit“ nur auf China fixiere. Es sei zwar eine große Wirtschaftsmacht, aber auch ein Land, in dem Menschenrechte missachtet werden, es politische Gefangene sowie tausende Todesurteile jedes Jahr gebe. Er würde es begrüßen, wenn der Summit sich in den kommenden Jahren auf Ostasien, wie z.B. Korea oder Japan ausweiten würde.

Herr Lorenz-Meyer antwortet, dass der „Hamburg Summit“ ein offener Austausch zu Wirtschaftsbeziehungen sei. Parallel gebe es aber bilaterale Gespräche zwischen Vertretern der EU sowie der Bundesregierung und den Chinesen auch zu anderen Themen. Es sei nicht Aufgabe des Summits im großen Rahmen diese Themen zu adressieren. Hierfür seien andere Formate besser geeignet. Zur angesprochenen möglichen Ausweitung auf Ostasien merkt er an, dass der „Hamburg Summit“ ganz klar China als Marke habe. Es gebe bereits andere erfolgreiche Formate im ostasiatischen Raum, zu denen eine Kollision vermieden werden sollte – auch im Hinblick auf die unterstützenden Partnerorganisationen. In der Vorbereitung auf den nächsten „Hamburg Summit“ werde der Aspekt der Ausweitung aber noch einmal betrachtet.

Herr Kuhlmann unterstützt die Aussage von Herrn Lorenz-Meyer. China sei für Hamburg sehr wichtig. Das Thema der Menschenrechte zu besprechen sollte seiner Meinung nach den Politikern überlassen werden.

Herr Pirck gratuliert dem Hauptamt für das eingeholte Sponsoring und fragt nach der genauen Aufteilung.

Herr Konow erläutert, dass es derzeit unterschriebene Verträge sowie schriftliche Zusagen für ein Finanzsponsoring in Höhe von 525.000 Euro gebe. Die Differenz zu 805.000 Euro betreffe das Sachsponsoring.

b. Sprachregelung zur chinesischen „Belt and Road Initiative“

Herr Lorenz-Meyer stellt die chinesische „Belt and Road Initiative“ (BRI) sowie die von der Projektgruppe „Neue Seidenstraße“ erarbeitete Sprachregelung für den „Hamburg Summit“ vor (siehe Anlage 7). 2013 habe Xi Jinping erstmals die „BRI“ als multilaterale Initiative zur regionalen Wirtschaftsintegration vorgestellt. Diese sei seitdem kontinuierlich als außenpolitisches Konzept weiterentwickelt worden. Die „BRI“ stehe auf zwei großen Standbeinen: zum einen seien mit dem „Belt“ die Kontinentalverbindungen per Schiene zwischen Asien und Europa und die dazwischen liegenden geplanten Wirtschaftszonen gemeint, zum anderen beziehe sich der Begriff „Road“ auf die seeseitige Handelsroute zwischen China, Süd- und Südostasien, Europa und Ostafrika. China sei der wichtigste außereuropäische Handelspartner für Hamburg. Die Projektgruppe sei ausschussübergreifend gegründet worden, um einen Erfahrungsaustausch zu den Auswirkungen der BRI auf das Asien-Geschäft Hamburger Firmen zu initiieren und zu diskutieren, wie sich der Standort Hamburg strategisch hierzu aufstellen sollte. Ziel sei, eine Positionierung der Hamburger Wirtschaft zur „BRI“ der chinesischen Regierung unter Einbeziehung strategischer und standortpolitischer Erwägungen sowie konkreter Geschäftschancen im Rahmen der „BRI“ zu erarbeiten. Ziel der für den „Hamburg Summit“ ausgearbeiteten Sprachregelung sei es, nach außen als Handelskammer mit einem Statement aufzutreten, das die Interessen der Hamburger Wirtschaft in Bezug auf die Seidenstraße adäquat und ausgewogen wiedergibt.

Herr Hanneforth bittet darum, den Satz „Mit dem strategischen Kauf und Betrieb von Hafen- und Bahnterminals positionieren sich Hamburger Hafenunternehmen für sich verändernde Warenströme.“ näher auszuführen und fragt daran anschließend, ob damit der Kauf und Betrieb der Bahnterminals z.B. auf dem afrikanischen Kontinent gemeint und dies Teil der Initiative sei.

Herr Lorenz-Meyer verweist an Frau Dr. Hillger aus dem Hauptamt. Sie führt aus, dass sich der Satz auf bereits stattfindende Aktivitäten Hamburger Hafenunternehmen beziehe und zeige, dass der Hamburger Hafen sich mit dem Thema veränderter Warenströme und Investitionen in Infrastruktur beschäftige. Die auf der Folie in Anlage 7 abgebildete Karte zeige im Rahmen der „BRI“ geplante chinesisch finanzierte Infrastrukturprojekte, reflektiere aber nicht die Hamburger Aktivitäten, die sich vor allem in den traditionell wichtigen Partnerländern im Baltikum und in Skandinavien befänden.

Herr Holstein ergänzt als Mitglied der Projektgruppe, dass diese sich neben den rein wirtschaftlichen Thematiken auch mit dem Level Playing Field bezogen auf Nachhaltigkeitskriterien, Sozialstandards sowie Finanzierung beschäftigt habe. Dies finde

Niederschlag im Text. Der von der chinesischen Regierung proklamierte Multilateralismus und Nutzen aller Beteiligten werde hier explizit eingefordert. Die sei notwendig, damit alle wirtschaftlichen Beteiligten unter gleichen Voraussetzungen partizipieren könnten. Er bittet das Plenum um Unterstützung für das Papier.

Das Plenum beschließt die Sprachregelung und erteilt die Freigabe für die Verwendung in der Öffentlichkeitsarbeit für den „Hamburg-Summit“ mit 37 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und bei 4 Enthaltungen.

TOP 7: Haushaltsangelegenheiten

a. Bestellung eines Jahresabschlussprüfer

Herr Präses Bergmann weist daraufhin, dass dieser TOP eine Premiere sei. In der Vergangenheit sei die Handelskammer satzungsgemäß an die Rechnungsprüfungsstelle des DIHK gebunden. Diese Verpflichtung sei aufgehoben worden. Im Anschluss sei eine Ausschreibung durchgeführt worden.

Herr Kornella erläutert weiter, dass ab 2018 die Öffnungsklausel im Finanzstatut verankert wurde. Das Mandat solle alle fünf Jahre europaweit unter Einbindung von externem Rechtsbeistand ausgeschrieben werden. Es seien sechs Angebote eingegangen, die im Ausschuss für Inneres diskutiert wurden. Er benennt vorliegende Referenzen bei der Prüfung öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Qualität und Konzeption der Prüfungsstrategie sowie den angebotenen Preis als Kriterien, die der finalen Auswahl zugrunde gelegt worden. Der Ausschuss für Inneres sowie das Präsidium schlagen die Ebner Stolz GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2018 vor. Es solle ein Rahmenvertrag geschlossen werden, um die Konditionen für die nächsten vier Jahre zu sichern. Das Plenum werde dennoch jedes Jahr mit der Bestellung befasst.

Herr Koopmann merkt an, dass er aufgrund des niedrigen Honorars große Zweifel an der Seriosität des Wirtschaftsprüfungsunternehmens habe. Im Vergleich zum früheren Honorar werde nur noch 20 Prozent dessen beansprucht. Er Sorge sich aufgrund des niedrigen Stundensatzes um die Sorgfalt im Rahmen des Prüfungsprozesses. Der Wirtschaftsprüfer übernehme eine wesentliche Kontrollfunktion für das Plenum. Er stellt folgende Fragen:

1. Welche Erfahrung habe die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Kammern?
2. In welchem Rahmen wurde ein ehrenamtlicher Rechnungsprüfer in die Auswahl des Wirtschaftsprüfers einbezogen? Gibt es dazu eine Stellungnahme?
3. Wird weiterhin ein Konzernabschluss erstellt? Wenn ja, wurde dies im Rahmen der Ausschreibung berücksichtigt?
4. Warum wurde überhaupt mit externer Begleitung ausgeschrieben, wo doch so viele Ausschreibungen hausintern begleitet werden?

Herr Kornella antwortet, dass alle internen Regelungen befolgt wurden. Ausgegangen wurde von einem Volumen, das eine europaweite Ausschreibung nötig mache. Vor allem, da für fünf Jahre ausgeschrieben wurde. Daher musste auch ein externer Rechtsbeistand verbindlich hinzugezogen werden. Dieser habe geprüft, inwieweit die Angebote wirtschaftlich ausreichend seien. Die vorgeschlagene Wirtschaftsprüfungsgesellschaft habe bestätigt, dass

das Angebot diesem Kriterium entspreche. Der Fixpreis gelte nur bis zu einer Überschreitung der Kosten um mehr als zehn Prozent. Dann müsse eine Nachverhandlung vorgenommen werden. Er fügt hinzu, dass der Preis für die fünf Jahre gelte. Werde also im ersten Jahr mehr Geld benötigt, habe die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in den Folgejahren die Möglichkeit, das Minus auszugleichen. Die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer seien zwar angefragt gewesen, um ein eigenes Angebot abzugeben, seien aber in den weiteren Auswahlprozess nicht einbezogen worden. Herr Kornella erläutert, dass die Referenzen der Bewerber eine wichtige Rolle gespielt haben. Das Kriterium „IHK-Erfahrung“ habe es aber nicht gegeben, da der Markt geschlossen sei und Hamburg nach Niedersachsen erst das zweite Bundesland sei, die diesen Markt geöffnet habe. Unter den Bewerbern war nur einer mit IHK-Erfahrung. Bei der Auswahl seien Referenzen mit Körperschaften öffentlichen Rechts herangezogen worden. Hier habe die vorgeschlagene Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überzeugt.

Herr Koopmann fragt im Anschluss nach, wie weit die besten zwei Angebote auseinandergelegen haben.

Herr Kornella führt aus, dass der frühere Wirtschaftsprüfer nicht nach Aufwand bezahlt wurde, sondern nach einem IHK-Schlüssel. So seien auch zusätzliche Leistungen, wie ein erläuternder Teil, Inhalt der Tätigkeit gewesen, die nun nicht mehr vorgesehen seien. Das Angebot der vorgeschlagenen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sei das Günstigere gewesen. Es habe auch Angebote mit dem doppelten oder dreifachen Preis gegeben. Diesen lagen aber unterschiedliche Herangehensweisen und Konzepte zugrunde. Mit jedem der sechs Bewerber sei ein Interview geführt worden. Ausschlaggebend für die Entscheidung sei sowohl der Preis als auch das Gesamtkonzept gewesen.

Beschlussvorschlag:

Das Präsidium empfiehlt dem Plenum die Ebner Stolz GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft zum Abschlussprüfer der Handelskammer Hamburg i.S. von § 17 Abs. 2 FS für das Geschäftsjahr 2018 zu bestellen. Darüber hinaus soll ein Rahmenvertrag zwischen der Handelskammer und der Ebner Stolz GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vier darauffolgende Abschlussprüfungen ermöglichen.

Das Plenum folgt der Empfehlung des Präsidiums und stimmt der Bestellung eines Jahresabschlussprüfers mit 32 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und bei 7 Enthaltungen zu.

b. Antrag von Präses Bergmann

Der TOP wird nicht besprochen (vgl. TOP 2).

c. Änderungsantrag von Herrn Duphorn

Der TOP wird nicht besprochen (vgl. TOP 2).

d. Nachtragswirtschaftsplan 2018

Herr Kornella erläutert den Nachtragswirtschaftsplan 2018 (siehe Anlage 11). Im Dezemberplenium 2017 sei der Wirtschaftsplan für 2018 beschlossen worden. Dieser müsse nun aber aufgrund der Beitragsrückerstattung aus 2014 noch einmal angepasst werden. In

die Aktualisierung seien auch alle materiell wesentlichen und bekannten Änderungen eingeflossen. Der neue Planungsstand basiere auf der Empfehlung des Ausschusses für Inneres und des Präsidiums. Bei den Beiträgen ergebe sich durch die Rückzahlung ein Minderertrag von 20 Millionen Euro. Dies werde durch einen Effekt aus gewerbesteuerlichen Aufkommen in der Hansestadt von 1,9 Millionen Euro kompensiert. Eine positive Änderung sei ein Mehrertrag von 700.000 Euro in den sonstigen betrieblichen Erträgen, der sich aus dem versicherungsmathematischen Gutachten bezogen auf Pensionsverpflichtungen ergebe. Herr Kornella weist auf die erhöhten Einsparmaßnahmen hin. Von den Ist-Werten 2017 seien zehn Prozent eingespart worden. Für den Hamburg Summit sei ein zusätzlicher Puffer von 150.000 Euro eingeplant, der aber voraussichtlich nicht vollständig genutzt werde. Er weist auf die Einsparung von 1,115 Millionen Euro an Personalaufwand hin, die durch Sonderzahlungen an ausgeschiedene Mitarbeiter sowie Freistellungen kompensiert werde. Unterm Strich sinke der Betriebsaufwand gegenüber dem Wirtschaftsplan 2018 um 200.000 Euro. Er weist weiter auf die Erträge aus Wertpapieren hin, wo 600.000 wenig generiert worden. Dies sei durch die Entnahme für die Beitragsrückerstattung sowie die derzeitigen schwachen Kapitalmärkte zu begründen. Die Beitragsrückerstattung werde, zusätzlich zu laufenden Einnahmen, durch die Entnahme von 1,37 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage sowie 11,64 Millionen Euro aus der Zinsausgleichsrücklage finanziert. Letzteres werde 2019 zum Teil revidiert werden. Die Rücklagen seien von über 38 Millionen Euro in 2017 auf etwas mehr als 17 Millionen Euro gesunken. Eine positive Entwicklung sei durch Mindereinnahmen für die Metropolregion sowie für die Restrukturierung zu verzeichnen. Das Projekt „My HK“ verschiebe sich in 2019, so dass die eingeplanten Mittel in das Folgejahr verschoben werden.

Herr Schmelzer fragt nach der Entwicklung der Rücklagen von 38 auf 17 Millionen Euro und welche Effekte sich daraus ergeben.

Herr Kornella führt aus, dass die 20 Millionen Euro bewusst aus den Rücklagen genommen wurden, um keine neue Umlage zu erheben und die Mitgliedsunternehmen von der Beitragsrückerstattung partizipieren. Dieser Effekt solle 2019 wieder abgefangen werden, um die Zinsausgleichsrücklage aufzufüllen. Geplant sei, 2019 die Ausgleichsrücklage wieder auf eine Million Euro aufzubauen. Alle bekannten Risiken sollen mit ausreichenden Rücklagen berücksichtigt werden.

Herr Pirck ist der Meinung, dass der Restrukturierungsaufwand nicht richtig dargestellt sei. Im Dezember 2017 sei eine Million Euro an Rücklagen für den Restrukturierungsaufwand gebildet worden, die laut Wirtschaftsplan 2018 fast vollständig in Anspruch genommen werden sollte. Im Wirtschaftsplan werde der Eindruck erweckt, dass nur 300.000 Euro Restrukturierungskosten angefallen seien und noch 700.000 Euro für weitere Berateraufträge in 2019 zur Verfügung ständen. Es werde nicht beachtet, dass sich ein Restrukturierungsaufwand aus personellen Maßnahmen in Höhe von 1,9 Millionen Euro ergebe. Rechne man Einsparungen durch frühzeitige oder ungeplante Mitarbeiterabgänge ab, bleibe ein Nettoaufwand von 735.000 Euro übrig. Damit sei die Restrukturierungsaufgabe aufgebraucht. Insgesamt seien laut Herrn Pirck Restrukturierungskosten in Höhe von 2,2 Millionen Euro für 2018 angefallen. Zudem werde dem Plenum im Nachtragswirtschaftshaushalt indirekt ein weiterer Berateraufwand für Restrukturierung für 2019 von 700.000 Euro sowie 1,5 Millionen Euro für Personalmaßnahmen vorgelegt. Zähle man alles zusammen, komme man für 2018 und 2019 auf 4,4 Millionen Euro Restrukturierungsaufwand, obwohl nur eine Million Euro vom Plenum beschlossen wurde.

Herr Kornella führt aus, dass es sich um die Rücklage für „Restrukturierung und Digitalisierung“ handle und sich bewusst dafür entschieden wurde, einige Komponenten der Digitalisierung in 2019 mitzunehmen. In der Tat hätte man einige Ausgaben aus dem Personalaufwand gegen die Rücklage buchen können. Man habe sich nicht an einer engen Auslegung des Begriffs Restrukturierungsaufwand orientiert, sondern habe sich die Posten für 2018 angeschaut. Seiner Meinung nach seien aber keine Personalaufwendungen vermengt worden.

Herr Dr. Vogelsang richtet sich direkt an Herrn Präses Bergmann. Der Nachtragswirtschaftsplan sei so nicht vorzeigbar. Er sei angetreten, um die Beiträge abzuschaffen. Dies sei nicht haltbar. Das vorgelegte Zahlenwerk verneble seiner Meinung nach die Restrukturierungskosten. Wichtige Rücklagen würden aufgelöst, ohne dass es einen Plan gebe, diese wieder aufzufüllen. Man könne so nicht ewig weitermachen.

Herr Schmelzer fasst noch einmal zusammen, dass die Rücklagen aufgelöst werden, um die Beitragsrückerstattungen zu bezahlen. Sie würden nicht aufgelöst, weil Bewertungsmaßstäbe geändert worden seien. 2019 sollen die Rücklagen wieder aufgefüllt werden.

Herr Kornella bestätigt die Aussagen von Herrn Schmelzer.

Herr Pirck hält es für wichtig, die Restrukturierungskosten transparent darzustellen. Man könne zwei Meinungen haben, aber es sei sachdienlicher, alle Kosten darzustellen.

Das Plenum beschließt die vorgelegte Fassung der Nachtragsplanung 2018 mit der folgenden Änderung:

- *Minderaufwand im Personalaufwand in Höhe von 33T€*
- *Erhöhte Einstellung in die Zinsausgleichsrücklage in Höhe von 33 T€*
- *Unmittelbare und mittelbare Auswirkungen der beiden genannten Änderungen im Nachtragsplan 2018*

e. Wirtschaftsplan 2019

Aus Zeitgründen wird TOP 7e in die nächste Sitzung verschoben.

TOP 8: Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Herr Präses Bergmann stellt fest, dass es keine Berichtspunkte gebe.

TOP 9: Berichte

a. des Präses und des Präsidiums sowie b. der Hauptgeschäftsführerin

Herr Präses Bergmann sagt, dass es keine Berichte unter TOP 9a sowie b gebe.

c. aus den Ausschüssen

Herr Präses Bergmann stellt fest, dass keine Berichtspunkte eingereicht worden seien.

Herr Asmus kündigt an, dass der Ausschuss für Verkehr am 13. November 2018 tage und das geplante innerstädtische Mobilitätspapier thematisieren werde. Er lädt die Plenarier hierzu ein.

TOP 10: Verschiedenes

Herr Präses Bergmann weist daraufhin, dass die nächste Sitzung am 14. Dezember 2018, ab 16.30 Uhr, stattfindet. Im Anschluss folge die Lange Nacht.

Herr Präses Bergmann beendet die Sitzung um 19 Uhr.

Hamburg, den 30. November 2018



Christi Degen
Hauptgeschäftsführerin

Anlagen:

- Anlage 1 – TOP 1 – Protokoll
- Anlage 2 – TOP 3 – Statusbericht zum Strategie- und Reorganisationsprozess
- Anlage 3 – TOP 4a – Verantwortungsbiografien
- Anlage 4 – TOP 4b – Eckpunktepapier Shoppingmetropole
- Anlage 5 – TOP 4c – IHK-Mitglieder-Akzeptanz-Studie
- Anlage 6 – TOP 6a – Hamburg Summit – Bericht
- Anlage 7 – TOP 6 – Hamburg Summit – Sprachregelung
- Anlage 8 – TOP 7a – Bestellung Jahresabschlussprüfer
- Anlage 9 – TOP 7b – Antrag von Präses Bergmann
- Anlage 10 – TOP 7c – Änderungsantrag Duphorn
- Anlage 11 – TOP 7d – Nachtragswirtschaftsplan 2018
- Anlage 12 – TOP 7e – Wirtschaftsplan 2019